

Schaden zu kommen, nicht den Lutter, sondern den fertigen Branntwein versteuern wollen, so müssen Sie neben dem Probennehmer die steueramtlichen Vorschriften auch erfüllen, welche zur Controle des Lutters und des fertigen Branntweins nothwendig sind.

#### Auf welche Weise läßt sich der Zusatz zum Branntwein bei jetzigen steueramtlichen Vorschriften machen?

Jeder, der mit einer Blase arbeitet, weiß, daß das neue Gesetz und seine Ausführungsbestimmungen die Zugabe von Kräutern resp. Körnern sehr erschwert dadurch, daß die Blasen absolut verschlossen sein sollen, und der Helm nicht abgenommen werden soll. In solchen Brennerien, wo dies noch nicht verlangt ist, wird ein solches Verlangen auch mit der Zeit Seitens der Behörde gestellt werden. Der Verein hat um ein Mannloch im Helm, zum Zweck der Beigabe von Kräutern u. petitionirt. Aber selbst dieses wird immer noch die Schwierigkeit des Reinigens der Blase — ohne Abnahme des Helmes — nicht heben.

Von Herrn A. Schmidt in Helmstedt, einem hervorragenden Kornbrennereibesitzer, erfahren wir, daß derselbe z. B. den Kimmel der fertigen Maische vor dem Abtrieb zugibt: natürlich muß das jeweilig früher übliche Quantum entsprechend vergrößert werden, weil es nicht so intensiv ausgenutzt wird, als wenn es während des Wienens sich in der Blase befand.

Wir möchten zu größerer Ausnutzung des Zugabe Materials raten, dasselbe vor dem Zugeben zur abzubrennenden Maische zu zerkleinern (quetschen, mahlen oder zerreißen nach Art des Malz, Kaffee, Pfeffer u.). (Brennerei-Ztg.)

#### Berechnung der Tagegelder für die in Spiritfabriken angestellten Beamten.

Von der Steuerbehörde sind uns als „Tagegelder“ für einen in unserer Fabrik angestellten Beamten auf die Zeit vom 1. Januar bis 29. Februar 1888 = 60 Tage à 3 M. zusammen 180 M. berechnet worden. Wir haben gegen diese Berechnung remonstrirt und dabei angeführt, daß zwischen dem 1. Januar und dem 29. Februar 10 Sonn- und Feiertage lagen, für die doch keine Tagegelder berechnet werden könnten, weil ja der betreffende Beamte an Sonntagen keinen Dienst thue. Diese Reklamation wurde zurückgewiesen mit der Begründung, daß der Beamte nicht für seine Dienstleistungen die Tagegelder erhalte, sondern „als Vergütung des ihm durch die Abwesenheit vom Stationsorte entstehenden Mehraufwandes“. Diesen habe er an Sonntagen gerade so wie an Wochentagen, folglich könnten auch für erstere die Tagegelder nicht ausfallen. (Aus den Mittheilungen des Vereins der Spiritusfabrikanten Deutschlands.)

#### Braustener.

Steuerfreie Bereitung des Hausrinks in Baden.

Die badische zweite Kammer hatte am 14. d. M. über ein Bittgesuch mehrerer Landwirthe des Amtsbezirkes Pfullendorf um Freigabe der Besteuerung des zum Hausrgebrauch gebrauten Bieres zu berathen, über welches der Abgeordnete Gerber Bericht erstattete. Der Antrag der Kommission geht auf empfehlende Ueberweisung an die großherzogliche Regierung. Abgeordneter v. Schmidtfeld nimmt sich der Petition an unter Hinweis darauf, daß die Bitte schon seit Jahren immer wieder auftritt. Die bisherige Steuer des selbstgebrauten Bieres betrug 800 Mark, und wenn in Hohenzollern Steuerfreiheit besteht, werde dieselbe auch in Baden möglich sein. Eine Kontrolle sei heute schwierig und sollte ganz wegfallen. Die Rücksicht empfiehlt sich bei dem gänzlichen Ausfall von Obst und Wein. Regierungskommissär Zwald kann sich mit dem Antrage der Kommission nicht

befreunden. Hausrbier wird nur in wenigen einzelnen Gegenden von wenigen Haushaltungen bereitet. Die Steuerbeträge sind ganz gering und nicht drückend und tragen nicht Schuld an dem Umstand, daß so wenig Bier dieser Art gebraut wird. Die Bereitung ist ganz irrational; der Herr Kommissär bemerkt, daß der Bezug vom Bierbrauer wohlfeiler und besser ist. Die Regierung will in den nächsten Tagen eine Gesetzesvorlage machen, wonach dem Landwirth Bereitung des Hausrinks aus Traubentrestern, auch gekauften steuerfrei zugestanden wird und dann liegt kein Bedürfnis mehr nach Hausrbier vor. — Der Antrag der Kommission wird hierauf abgelehnt.

#### Zölle.

Durch den Zollanschluß Hamburgs wird bekanntlich die Zollgrenze, welche jetzt, am Weichselde Hamburgs entlang gehend, die ganze Stadt vom deutschen Zollgebiete trennt, an den Hafen verlegt, so daß künftig nur noch dieser mit einigen Straßen, sowie die Elbinseln und ein Streifen des jenseitigen Ufers den verbleibenden Freihafen bilden werden. Dieses Gebiet genügt völlig für die freie Bewegung des Schiffs- und Waarenverkehrs und für den von allen Zollfesseln befreiten internationalen Handel. Riesige neue Speicher und alle anderen entsprechenden technischen Einrichtungen ermöglichen die schnellste und billigste Bearbeitung, Lagerung und Expedition der Güter im Freihafen. Andererseits tritt eine sehr konsumtionsfähige Bevölkerung von 500,000 und mit Altona 600,000 Menschen in den Zollverband ein, welche ihre Bedürfnisse bisher mit ausländischen Industrieerzeugnissen befriedigt hat. Für Hamburg wie für das Reich hat demnach der Zollanschluß eine weittragende Bedeutung.

#### Reichsgerichtserkenntnisse.

##### Erkenntnis des vierten Civilsenats des Reichsgerichts vom 21. November 1887.

(Reichsstempelgesetz-Verträge zwischen einer Hypothekenbank und einem Consortium von Bankhäusern, durch welche letztere sich verpflichten, bei Umwandlung von Pfandbriefen in geringer verzinsliche, die von den Inhabern abgelehnten Pöste zu übernehmen, sind bedingte Anschaffungsgeschäfte und stempel-pflichtig).

In Sachen der Aktiengesellschaft „D. Bank“ zu B., Klägerin und Revisionsklägerin,

wider

den R. Pr. Stempelfiskus, Beklagten und Revisionsbeklagten, hat das Reichsgericht, Viertes Civilsenat, auf die mündliche Verhandlung vom 21. November 1887 unter Mitwirkung

für Recht erkannt:

Die Revision gegen das am 19. April 1887 verkündete Urtheil des zweiten Civilsenats des R. Pr. Kammergerichts zu B. wird zurückgewiesen; die Kosten der Revisionsinstanz werden der Revisionsklägerin auferlegt.

Von Rechts Wegen.

Thatbestand.

In der zwischen der M. H. und W.-Bank mit einem Consortium von vier Banken — der D. Bank zu B., der M. H. und W.-Bank zu S., der D. B.-Bank zu F. und der D. Sp. und L.-Bank zu D. — geschlossenen Verträge vom 7., 8., 9., 10. Dezember 1885 erklärte die M. H. und W.-Bank, sie beabsichtige ihre noch im Umlauf befindlichen 4½ prozentigen, zum Nennwerthe rückzahlbaren Pfandbriefe Serie II und III im Gesamtbetrage von nominell 15 865 000 Mark in 4prozentige umzuwandeln, demgemäß den Inhabern dieser Pfandbriefe die Herabsetzung des Zins-